

Pressecommuniqué

## **Politischer Flüchtling grundlos während 34 Monaten in der Schweiz inhaftiert. augenauf fordert Konsequenzen.**

Mehmet Esiyok konnte heute Morgen um 8 Uhr 14 das Gefängnis Pfäffikon als freier Mann verlassen. Seit seiner Ankunft am 15. Dezember 2005 am Flughafen Zürich, wo er sofort verhaftet wurde, sass der politische Flüchtling unter verschärften Bedingungen in Schweizer Gefängnissen. Grundlos, wie sich mit dem jüngsten Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts herausstellte. Die Haft hat Mehmet Esiyoks körperliche und psychische Gesundheit stark beeinträchtigt - er wird noch Jahre mit den Folgen des Gefängnisaufenthalts zu kämpfen haben.

Während den 34 Monaten Auslieferungshaft konnte Esiyok nur sehr selten und unter unwürdigen Bedingungen (Trennscheibe) Besuche empfangen. Zudem hat er in der Schweiz keinerlei Verwandte oder Freunde. Er war unter Untersuchungshaftbedingungen inhaftiert: Das heisst seine Post wurde zensuriert, er war in Einer- oder Zweierzellen isoliert und erhielt nur minimale ärztliche Betreuung, was ihn unter anderem einige Zähne gekostet hat.

Die Freilassung von Mehmet Esiyok kam einzig aufgrund des unermüdlichen Einsatzes von zwei sehr kompetenten Anwälten zustande. Der Fall Esiyok zeigt exemplarisch, dass es in der Schweiz sehr grosser finanzieller und persönlicher Mittel bedarf, um elementare Menschenrechte durchzusetzen.

### **Langwieriges und sinnloses juristisches Verfahren**

Mehmet Esiyok wurde von der Schweiz bei seiner Ankunft aufgrund eines türkischen Auslieferungsgesuchs inhaftiert. Das Gesuch basierte auf einer Anklageschrift, die - wie unterdessen das Bundesamt für Migration (BFM) selbst feststellen musste - aufgrund von erfolgter Geständnisse

zustande gekommen war. Ja, das BFM, stellte im jüngsten Asylentscheid betreffend Esiyok sogar fest, seine Verfolgung in der Türkei sei vorgeschoben und stelle an sich eine politische Verfolgung dar. Nun hat das Bundesverwaltungsgericht das offensichtliche festgestellt: Mehmet Esiyok ist ein politischer Flüchtling und steht damit unter dem Schutz der Flüchtlingskonvention.

Mit der Freilassung von Mehmet Esiyok hat die Politik des Bundesrats, insbesondere von BR Eveline Widmer-Schlumpf (EJPD) und von Micheline Calmy-Rey Schiffbruch erlitten. Die Auslieferung von Esiyok war bereits unter dem ehemaligen Bundesrat Blocher betrieben worden. Alle vier politischen Flüchtlinge, die auszuliefern Blocher anlässlich seiner Türkei-Reise im Herbst 2006 seinem türkischen Amtskollegen versprach, sind heute auf freiem Fuss und als Flüchtlinge anerkannt.

Das Schweizer Aussenministerium (EDA) unter Calmy-Rey hat so genannte "Garantien der Türkei, Esiyok nicht zu foltern, akzeptiert. Auch dieser Versuch hat Schiffbruch erlitten.

Dass Mehmet Esiyok als ehemaliges Mitglied des Zentralkomitees der verbotenen kurdischen Organisation PKK ein politischer Flüchtling ist, ist seit seiner Ankunft offensichtlich. Umso unverständlicher erscheint augenaufer der Kniefall vor der türkischen Justiz.

Anstatt den politischen Flüchtling Esiyok in der Schweiz aufzunehmen und zu schützen, hat man ihn während 34 Monate unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert und seine Gesundheit ruiniert. Augenauf Zürich fordert deshalb die Aufklärung der Umstände der skandalösen Inhaftierung von Mehmet Esiyok. Insbesondere:

1. Die Untersuchung der Gründe und Motive, die das EJPD unter Bundesrätin Widmer-Schlumpf und ihrem Vorgänger dazu bewog, die Auslieferung eines politischen Flüchtlings

in das notorische Folterland Türkei zu betreiben. Ebenfalls muss aufgeklärt werden, welche Motive das EDA bewog, die "Garantien" der Türkei zu akzeptieren und welchen Wortlaut diese haben.

2. Wir fordern Bundesrätin Calmy-Rey dazu auf, der Schweizer Öffentlichkeit zu erklären, was sie zu unternehmen gedachte, falls die Türkei die erwähnten Garantien nicht eingehalten hätte.

3. Wir fordern die volle Entschädigung von Mehmet Esiyok für die erlittene Haft.

4. Sämtliche Auslieferungsbegehren von Staaten, die notorisch Menschenrechte missachten, sind abzulehnen. Dies in jedem Fall und kategorisch, wenn es sich um Flüchtlinge handelt.

5. Wir fordern den Schweizer Bundesrat, insbesondere die beiden Bundesrätinnen Calmy-Rey und Widmer-Schlumpf dazu auf, die Verantwortlichkeiten für die Fehlentscheide bezüglich Esiyok zu klären und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Gruppe augenauf Zürich  
22.10.2008